

Die Polen erziehen Polen.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen beurteilt, wie aus Paris gemeldet wird, die französische Presse. Die polnische Abordnung in Paris läßt erklären, daß sie dieses Abstimmungsereignis nicht anerkennen könne, da die Polen nicht in der Lage gewesen wären, die notwendigen Wahlvorbereitungen zu treffen.

Die Lehre der Abstimmung.

Zu dem Ergebnis der Abstimmung in Allenstein und Marienwerder schreibt der Temps: Man denkt hiernach nicht ohne Beunruhigung an jene Gebiete, die die Entente ohne Abstimmung Deutschland nahm.

Zuverlässige Stimmung in Oberschlesien.

Der deutsche Abstimmungstag in Ost- und Westpreußen hat in ganz Oberschlesien hellen Jubel, in großpolnischen Kreisen aber bittere Enttäuschung hervorgerufen.

Keine politische Meldungen.

Die Reichspräsidentenwahl. Von einem vielfach verbreiteten Gerücht, daß das Reichskabinett beschlossen habe, die Wahl des Reichspräsidenten erst nach der Abstimmung in Oberschlesien stattfinden zu lassen, ist an amtlichen Stellen nichts bekannt.

Deutsche koloniale Forderungen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft richtete an den Reichskanzler und den Reichsminister des Auswärtigen nach Spafolgendes Telegramm: Deutsche Kolonialgesellschaft unterstüßt Forderung ihres kolonialwirtschaftlichen Komitees auf sofortige Einstellung der Liquidierung deutschen Eigentums in Kolonien und Herausgabe bereits liquidierten Eigentums nachdrücklich, bittet ferner, Rückkehrgenehmigung Deutscher auf ihre Besitzzurück in Kolonien und Verbot der Ausweisung Deutscher aus bisherigen Kolonien durchzusetzen.

Die Regierungsbildung in Groß-Thüringen. Am 20. Juli findet in Weimar die erste Sitzung des thüringischen Landtages statt. Die Hauptaufgabe wird die Bildung der Regierung sein.

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife? Die radikalen Eisenbahnerorganisationen haben die der Regierung gestellte Frist zur Annahme der neuen Tarifserhöhungen bis zum 31. d. M. verlängert.

Vor einem Streik der Reichsbankbeamten? In den Kreisen der Reichsbankbeamten ist eine Streikbewegung eingeleitet.

Zur Rettung Polens! Journal des Débats meldet aus Spa, daß sich der Oberste Rat verpflichtet habe, zwischen Polen und Sowjetrußland wie folgt zu vermitteln: Polen solle dem Obersten Rat bedingungslos die Grenzfestsetzung überlassen, auch die Entscheidung hinsichtlich Danzigs und Tscherns.

Sächsische Volkskammer.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen zunächst verschiedene Etatkapitel. Den

Nachrichtensbericht des Glanzfarbwerkes Oberbleiberg erstattete Abg. Mehnert (Sog.). Bei Titel 5 B, der für die Errichtung einer Elektrolyse zur Verarbeitung edelmetallhaltiger Kopalt, Nickel- und Kupfererz 2 Millionen Mark im außerordentlichen Staatshaushalt anfordert, entspann sich eine ziemlich lebhafte Debatte.

Sodann stand auf der Tagesordnung der mündliche Bericht des Bundesauschusses über die Änderungen des

Forst- und Feldstrafgesetzes.

Die Volkskammer beschloß nach dem Bericht des Berichterstatters Direktor Rammelsberg (Dixnat.),

den Gesetzentwurf anzunehmen, ebenso den Antrag Ritzsche (Dixsch. Vp.), eine Neugestaltung des Forst- und Feldstrafgesetzes von der Regierung zu verlangen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Vorläufige Erhebung der

Einkommensteuer der Öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

für das Jahr 1920, erstattete Abg. Weutler (D.-M.) den Bericht. Er begründete den Beschluß des Ausschusses: die Volkskammer wolle beschließen, das Gesetz über die Vorlage der Einkommensteuer Öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften für das Rechnungsjahr 1920 anzunehmen, und zwar in der Fassung, daß die Religionsgesellschaften das Recht haben, von ihren Mitgliedern auf den Zuschlag zur Reichseinkommensteuer den sachgemäßen § 15 Abs. 1 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 nach Maßgabe des noch zu erlassenden Landesgesetzes von den Religionsgesellschaften oder ihren Unterverbänden (Kirchengemeinden) auf Grund der für die Zeit bis 1. April 1920 maßgebenden Vorschrift erhoben worden ist oder hätte erhoben werden können.

Von Stadt und Land.

Kue, 14. Juli 1920.

Ueberwachungsanschlüsse gegen die Pfläcker. In fast allen Städten Sachsens haben sich jetzt Ueberwachungsanschlüsse zur Bekämpfung der nebenberuflichen Tätigkeit gebildet. Sie haben den Zweck, unter gemeinsamer und polizeilicher Mitwirkung die Dienstleistung der Nichtstundentages in den gewerblichen Betrieben zu überwachen und zu verhindern, daß Volkswirtschaftler zum Nachteil derer, die ohne Erwerbstätigkeit sind, sowie der Unternehmer außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit einer Beschäftigung nachgehen.

Staatliche Kraftwagenlinien. Die Eisenbahn-Generaldirektion als Staatliche Kraftwagenverwaltung eröffnet am 15. Juli bis 31. d. M. den Betrieb auf der staatlichen Kraftwagenlinie Zwickau-Oberplanitz-Gersbrunn.

Erholungsheim für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene. Das Landesamt für Kriegerversorgung hat in Gemeinschaft mit dem Frauendank Schloß Elstra bei Rammenau als Erholungsheim für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene eingerichtet.

Eine Berufsbehörde zur Behebung der Wohnungsnot. Die sächsische Regierung erläßt folgende Verordnung über die Schaffung einer Berufsbehörde nach den Entschlüssen der Bezirkskommission vom 7. Juli 1920: Gemäß § 4 Abs. 3 Satz 2 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 wird für den Bezirk und am Sitze jeder Kreisbauhauptschaft eine Berufsbehörde gebildet, die in der Besetzung von 5 Mitgliedern entscheidet.

tommenen Baustoffes erfahren sein soll, ohne persönlich an der Sache beteiligt zu sein.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues bildete den Gegenstand von Beratungen, die am Montag in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, der Bau- und Siedlungsgenossenschaften usw. im Haushaltungsausschuß A der Volkskammer stattfanden.

Erleichterungen in der Zuckerverföorgung? Dem Verein der deutschen Zuckerverföorgung liegen Nachrichten vor, nach denen dieses Jahr die Rübenernte sehr gut auszufallen verspricht, so daß eine bessere Zuckerverföorgung möglich sein könnte.

Werdau, 13. Juli. Die Einwohnerzahl der neuen Amtshauptmannschaft Werdau beträgt 91215. In diese Zahl sind die Einwohner der Städte Grimmitzschau und Werdau mit eingerechnet.

Plauen, 13. Juli. Marokkaner-Taufe. Eine seltene kirchliche Feier fand Sonntag in der Johanniskirche statt. Sechs junge Leute im Alter von 7 bis 20 Jahren, aus Marokko stammend, nahmen das Christentum an und empfingen die heilige Taufe.

Obernhan, 13. Juli. Fünf Jahre kein Lebenszeichen. Der jüngste der Brüder Weber in Hirschberg bei Obernhan kam vor fünf Jahren in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien geschickt.

Borna, 13. Juli. Ein Kind von einem Raubvogel überfallen. Ein hier wohnhafter Arbeiter hatte einen jungen Bussard mit in seine Wohnung gebracht und frei herumfliegen lassen.

Grimma, 13. Juli. Die Landwirte gegen die Frühdruschprämien. In einer hier abgehaltenen, stark besuchten Versammlung des Landbürgerrates des amtsbauhauptschaftlichen Bezirks Grimma wurde einstimmig folgende Entschlieung angenommen: Die Versammlung spricht gegen die Frühdruschprämie aus, die ungerecht wirkt und derer es nicht bedarf, um die Landwirte zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen die Allgemeinheit anzutreiben.

Dresden, 13. Juli. Rundgebungen. Gestern kam es vor der Markthalle am Antonplatz wegen der hohen Kartoffel- und sonstigen Lebensmittelpreise zu Rundgebungen der Käufer und Ausschreitungen, sodah die Halle geschlossen werden mußte.

Baun, 13. Juli. Ernte im Spreewald. Wie außergewöhnlich gut die heurige Ernte im Spreewald ist, geht daraus hervor, daß man die Feuernte auf das Doppelte einer normalen schätzt.

Sprechsaal.

Diese Rubrik dient zum freien Meinungsaustrausch unserer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die redaktionelle Verantwortung.

Platzmüllern.

Im früheren Jahren war es üblich, daß die Sonntags-Platzmüllern abwechselnd auf dem Markte, vor dem Stadthaus und auf dem Wettiner Platz abgehalten wurden. In diesem Jahre hat man nun, wie es scheint, mit dem alten Brauche gedroht, und läßt die Ortsterminierung nur noch auf dem Markte spielen.